

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Vilimsky, Dr. Rosenkranz, Herbert
und weiterer Abgeordneter

betreffend Einsparungen im Asyl- und Fremdenwesen zugunsten von Sicherheitsaufgaben

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1405 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2012 (Bundesfinanzgesetz 2012 – BFG 2012) samt Anlagen (1510 d.B.), Untergliederung 11 – Inneres, in der 132. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 16. November 2011

Die für 2012 budgetierten Ausgaben im Bereich des Asyl- und Fremdenwesens belaufen sich auf über 152 Millionen Euro. Alleine für die letzten sechs Jahre sind im Bundesministerium für Inneres für das Asyl- und Fremdenwesen Kosten von ca. 1 Milliarde Euro angefallen. Im Jahr 2012 sind fast 23 Millionen Euro im Bereich des Asyl- und Fremdenwesens für Förderungen an Flüchtlingsfonds, etc. budgetiert. Die für das Jahr 2010 budgetierten Ausgaben für die Kostenersätze an die Länder im Rahmen der Grundversorgung belaufen sich auf 61,2 Millionen Euro. Ob diese budgetierten Ausgaben halten ist fraglich, da die für das Jahr 2010 budgetierten Ausgaben für die Kostenersätze an die Länder im Rahmen der Grundversorgung mit 77,2 Millionen Euro beziffert waren, aber der Erfolg 99,6 Millionen Euro ausmacht.

Auf der anderen Seite gibt es eine hohe Kriminalitätsbelastung, die Aufklärungsquote ist auf konstant niedrigem Niveau. Zu wenige Exekutivbeamte sind mit einer nie dagewesenen Mehrbelastung und Verwaltungsbürokratie konfrontiert. Anstatt Millionen in NGOs zur Unterstützung des Asylmissbrauches zu investieren, sollten diese Mittel besser zur Bekämpfung der Kriminalität, zur Aufstockung und Motivation der Exekutive herangezogen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass, auf Grund der jährlich hohen Ausgaben im Asyl- und Fremdenwesen, die im Budget des Bundesministeriums für Inneres veranschlagten Ausgaben im Bereich Flüchtlingsbetreuung und Integration für Förderungen gekürzt und die so frei werdenden Mittel für Sicherheitsaufgaben verwendet werden.“



www.parlament.gv.at